

## Argumentationshilfe Gesundheit

Die FDP will einen Kurswechsel in der Gesundheitspolitik. Der von der Vorgängerregierung eingeschlagene Weg in Richtung Staatsmedizin und Einheitskasse muss rückgängig gemacht werden. Ein staatliches und zentralistisches Gesundheitswesen führt nur zu Mangelverwaltung, Zweiklassenmedizin und längeren Wartezeiten. Benötigt wird stattdessen mehr Wettbewerb zu klaren und fairen rechtlichen Bedingungen, damit Qualität zu günstigen Preisen gesichert wird und gute Ideen sich durchsetzen können. Dazu gehört auch, dass die Krankenkassen ihre Beitragsautonomie zurück erhalten.

Die Menschen sollen ihren Versicherungsschutz weitgehend selbst gestalten können und gleichzeitig im Hinblick auf den demografischen Wandel vorsorgen. Die FDP will eine Pflicht zur Versicherung der Regelleistungen. Die Wahl der Krankenversicherung steht jedem dabei frei. Ebenso soll jeder zwischen verschiedenen Versicherungstarifen, Therapeuten und Therapien nach seinen Bedürfnissen wählen können. Vielfalt und Gestaltungsmöglichkeiten statt einer Einheitsversicherung bieten für eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Versorgung die besten Voraussetzungen. Eine verlässliche Krankenversicherung braucht ein nachhaltiges Fundament. Die Finanzierung soll deshalb auf leistungsgerechten Prämien mit Altersrückstellungen beruhen. Nur so bleibt das Gesundheitswesen auch für nachfolgende Generationen leistungsfähig.

Die FDP will ein Gesundheitswesen, das dem Einzelnen so weit wie möglich Gestaltungsfreiheit und Eigenverantwortung lässt, aber gleichzeitig auch Sicherheit garantiert, um bei einer Erkrankung nicht in eine finanzielle Notlage zu geraten. Eine Versicherung soll Interessierte bei der Absicherung der Regelleistungen deshalb nicht ablehnen können, Risikozuschläge werden dabei nicht erhoben. Diejenigen, die die Finanzierung des Versicherungsschutzes aus eigenen Kräften nicht schultern können, müssen unterstützt werden. Dieser soziale Ausgleich soll jedoch, nicht, wie bisher, in der gesetzlichen Krankenversicherung selbst erfolgen, sondern in das Steuer- und Transfersystem verlagert werden. Dort ist er transparenter und auch zielgenauer: Jeder wird nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Die Prämien für Kinder übernimmt nach unseren Vorstellungen der Staat.

Es ist uns gelungen, im Koalitionsvertrag den schrittweisen Übergang in ein prämiensfinanziertes Gesundheitswesen, verbunden mit einem sozialen Ausgleich über das Steuer- und Transfersystem, zu verankern. Um die Finanzierung der Gesundheitskosten künftig unanfälliger von der konjunkturellen Entwicklung auszugestalten, soll der Arbeitgeberanteil festgeschrieben werden. So kann künftig das vermieden werden, was wir momentan beobachten: In Zeiten schlechter konjunktureller Entwicklung und steigender Arbeitslosigkeit brechen den gesetzlichen Krankenkassen die Einnahmen weg. Eine Erhöhung des Beitrages, damit verbunden der Lohnzusatzkosten, wäre jedoch Gift für den Arbeitsmarkt und würde weitere Arbeitsplätze kosten. Die Details des Übergangs des künftigen Finanzierungssystems sowie des sozialen Ausgleichs wird die Regierungskommission beraten, die bereits ihre Arbeit aufgenommen hat.

Durch die Einführung eines Prämiensystems wird der Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen gestärkt. Es wird für den Versicherten einfacher, Preis und Leistung seiner gesetzlichen Krankenversicherung gegeneinander abzuwägen. Die Krankenversicherungen sollen dazu in einem fairen wettbewerblichen Rahmen genügend Spielraum erhalten, um für ihre Versicherten gute Verträge mit den Leistungserbringern abschließen zu können.